

## **Adenauerallee: Manipulation durch Intransparenz**

Jahrelang haben die Bonner Grünen und die von den Grünen geführte Stadtverwaltung behauptet, die Einspurigkeit der Adenauerallee (B9) sei rechtlich zwingend.

So war auch immer wieder in Vorlagen der Stadtverwaltung zu lesen, „dass nach den geltenden Regelwerken im Zuge der Sanierungsmaßnahmen der bisherige Status quo mit zwei MIV-Spuren nicht wiederhergestellt werden kann.“ (230853 vom 9.5.23)

Am 22. Mai 2023 sagte Stadtbaurat Helmut Wiesner dem General-Anzeiger, nach der Kanalsanierung „muss die Verkehrsfläche nach den geltenden Richtlinien umverteilt werden, weil der Bestandsschutz wegfällt.“

Auch auf der Homepage der Stadt war zu lesen, wegen aktueller Regelwerke könne „der Status quo mit zwei Fahrspuren je Fahrtrichtung nicht wiederhergestellt werden“.

Auf meine mehrfache Nachfrage nach den rechtlichen Grundlagen räumte Stadtbaurat Wiesner am 22. Mai 2023 in einer Mail an mich ein, dass es „keinen unmittelbaren rechtlichen Zwang

für die Herstellung der Einspurigkeit auf der Adenauerallee“ gibt.

Mit einer Veröffentlichung dieser Aussage war er allerdings nicht einverstanden.

(vollständiger mail-Wechsel <https://www.stephaneisel.de/clubs/eisel/news/Eisel-Wiesner-22-05-2023.pdf>)

Jetzt erfahren wir aus der Presse, dass innerhalb der Stadtverwaltung sowohl das Tiefbauamt als auch das Straßenverkehrsamt die geplante Einspurigkeit der Adenauerallee immer wieder kritisiert haben. Dies wurde dem Rat und der Öffentlichkeit vorenthalten.

Derartige Intransparenz grenzt an Manipulation.

Politischen Gremien müssen pro und contra zu einem Verwaltungsvorschlag kennen. Das muss unter dem neuen OB und Verwaltungschef Guido Deus wieder zur Regel werden.